

## Jahreswirtschaftsbericht 2025

Deutsche Wirtschaft befindet sich in schwieriger Ausgangslage

30.01.2025 Fachinformation

**Das Bundeskabinett hat am 29. Januar 2025 den Jahreswirtschaftsbericht 2025 einschließlich der Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2025 beschlossen. Der Bericht trägt den Titel „Für eine neue wirtschaftliche Dynamik“. Bundesminister Robert Habeck dazu: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 2025 in einer schwierigen Ausgangslage. Die globalen Krisen der vergangenen Jahre haben unsere industrie- und exportorientierte Volkswirtschaft besonders hart getroffen.“ Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2025 einen Zuwachs des preisbereinigten BIP um 0,3 Prozent.**

"Zwar konnte die Energiekrise – ausgelöst durch Putins Angriffskrieg – erfolgreich abgewendet werden und die Inflation zurückgedrängt werden. Es gibt auch wieder spürbare Reallohnzuwächse, die Menschen haben wieder mehr Geld im Portemonnaie. Es ist aber umso deutlicher zu Tage getreten, dass Deutschland unter grundlegenden strukturellen Problemen leidet: der Arbeits- und Fachkräftemangel, die überbordende Bürokratie, die Investitionsschwäche, sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Investitionen schlagen zu Buche. Die im wahrsten Sinne des Wortes bröselnde Brücken sind ein mahndes Bild hierfür.

Gleichzeitig dämpfen die gegenwärtig hohe Unsicherheit mit Blick auf die US-Wirtschafts- und Handelspolitik wie auch die Ungewissheit über den künftigen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs angesichts der anstehenden Bundestagswahl die Investitions- und Konsumlaune. Die wichtigen Impulse, die mit der Wachstumsinitiative beschlossen wurden, konnten nach dem [Ende der Ampelkoalition ]]leider zu großen Teilen nicht mehr umgesetzt werden. Auch deshalb haben wir in der Jahresprojektion die Wachstumsprognose für dieses Jahr deutlich nach unten korrigiert. Wir erwarten nunmehr einen realen BIP-Anstieg um 0,3 Prozent.

Unser Land hat weiter große Stärken, wie die vielfältige Unternehmenslandschaft, unsere Innovationskraft, unsere Start-up-Szene und unsere Offenheit für Handel aber auch für Fachkräfte aus dem Ausland. Das ist eine gute Ausgangsbasis für eine neue Dynamik.

In den kommenden Jahren wird es aber auf beherztes, entschlossenes Vorgehen ankommen:

Erstens sind gezielte Impulse zur Stärkung der Investitionstätigkeit und größere Spielräume für öffentliche Investitionen zwingend. Sonst lähmt sich Deutschland selbst.

Zweitens muss das Fachkräfte- und Arbeitskräftepotential voll gehoben werden – im Inland und durch Zuwanderung. Wir können allein schon ökonomisch nicht akzeptieren, dass jeder fünfte zwischen 20 und 35 ohne Berufsabschluss ist. Investitionen in Bildung, Anreize, länger zu arbeiten, bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder müssen energisch vorangetrieben werden.

Drittens muss Bürokratie konsequent abgebaut und Verfahren deutlich beschleunigt werden. Bei der Energiewende und LNG-Terminals haben wir gezeigt, dass man das schaffen kann. Dieses Tempo braucht es auch anderswo.

Viertens muss Europa angesichts der geökonomischen Herausforderungen geschlossen agieren und die Macht seines Binnenmarktes nutzen. Der europäische Binnenmarkt ist unser Rückgrat. Deshalb sollte allen bewusst sein, dass es die deutsche Volkswirtschaft und die deutschen Unternehmen viel Geld kosten würde, dauerhaft die Binnengrenzen zu schließen."

### Im Detail:

Die binnenwirtschaftliche Nachfrage dürfte sich angesichts der anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten sowie der noch unklaren wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung der nächsten Bundesregierung zunächst noch schwach entwickeln. Bei nachlassender Inflation, weiter steigenden Realeinkommen und zunehmender Klarheit über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im späteren Jahresverlauf dann mit einer anziehenden binnenwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2025 einen Zuwachs des preisbereinigten BIP um 0,3 Prozent. Wachstumsimpulse dürften dabei vor allem von den privaten Konsumausgaben und im Jahresverlauf auch von den Investitionen ausgehen. Angesichts im Jahresdurchschnitt noch rückläufiger Exporte bei gleichzeitig steigenden Importen ist vom Außenhandel ein spürbar negativer Wachstumsbeitrag zu erwarten. Auf dem Arbeitsmarkt konnte im vergangenen Jahr ein neuer Höchststand bei der Beschäftigung erreicht werden – damit waren gut eine Million mehr Menschen in Arbeit als noch 2021. Die Bundesregierung geht für das laufende Jahr aber aufgrund der moderaten konjunkturellen Erholung von einer Stagnation der Erwerbstätigkeit aus; die Arbeitslosigkeit dürfte zunächst weiter zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte im Jahresdurchschnitt knapp oberhalb der Zielmarke von 2 Prozent bei 2,2 Prozent liegen. Die Energiekosten konnten weiter gesenkt werden und der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromleitungen verzeichnet Rekordwerte.

In der mittelfristigen Betrachtung dürften sich die Folgen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt zunehmend dämpfend auf das Wachstumspotenzial auswirken. Zusätzlich stellen die geopolitische Zeitenwende sowie eine Weltwirtschaft mit immer konfrontativeren Handelspraktiken die offene deutsche Volkswirtschaft vor strukturelle Herausforderungen. Aber auch eine strukturelle Unterfinanzierung des Bildungsbereichs muss konsequent begegnet werden, die Zunahme von jungen Menschen ohne Schulabschlüsse muss gestoppt werden. Die zunehmend krisenhafte Zuspitzung der Folgen des menschengemachten Klimawandels verdeutlicht die Dringlichkeit, die Dekarbonisierung global voranzutreiben.

Nicht zuletzt besteht Nachholbedarf hinsichtlich jahrzehntelang vernachlässigter Standortfaktoren wie Infrastruktur, Digitalisierung und Bürokratie.

Ausgehend von diesen strukturellen Herausforderungen enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2025 neben der Jahresprojektion zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Themenschwerpunkte der Bundesregierung in zehn Handlungsfeldern.

# Reformanstrengungen fortsetzen, Investitionstätigkeit stärken

Zur Stärkung der privaten Investitionstätigkeit hat die Bundesregierung die steuerlichen Investitionsbedingungen durch großzügigere Abschreibungs- und Verlustverrechnungsmöglichkeiten verbessert. Zur Unterstützung der Innovationsfähigkeit wurden die Forschungszulage ausgeweitet sowie der Zugang und die Nutzung von Daten für Forschung und Innovation mit sektorspezifischen Regelungen erleichtert. Mit den neuen Bausteinen des Zukunftsfonds und der Initiative für Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland (WIN-Initiative) wird das Ökosystem für Wagniskapital über die bestehenden Startup-Finanzierungsinstrumente hinaus weiter gestärkt. Um übermäßige Bürokratie spürbar abzubauen, wurden u.a. Praxischecks als neues Instrument etabliert und das Bürokratieentlastungsgesetz IV ist mit zahlreichen Vereinfachungen in Kraft getreten.

Im Zuge der Energiepreiskrise hat die Bundesregierung die Energieversorgung über alle Energieträger hinweg stabilisiert; sie hat mit einer Vielzahl an Gesetzesvorhaben Hürden im Zubau von erneuerbaren Energien und Netzinfrastrukturen rasant abgebaut sowie erste Schritte zur Modernisierung des Stromsystems gesetzt. Zusätzlich hat die Bundesregierung das produzierende Gewerbe mit dem Strompreispaket entlastet und Investitionen in Schlüsseltechnologien angereizt. In Deutschland und in der EU wurden zentrale Weichenstellungen für eine klimaneutrale Wirtschaft vorgenommen, die ein wesentlicher Faktor für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit ist. Wichtige bilaterale EU-Handelsabkommen wurden abgeschlossen und bestehende Handelsbeziehungen gestärkt. Das Thema der Wirtschaftssicherheit hat sie angesichts der geopolitischen Zeitenwende durch konkrete Instrumente gestärkt. Zur Ausweitung des Arbeitsangebots hat die Bundesregierung weitere Elemente des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes umgesetzt und damit qualifizierte Einwanderung erleichtert und beschleunigt. Auch die Weiterentwicklung des Kita-Qualitätsgesetzes trägt zum qualitativen und quantitativen Kita-Ausbau bei und kann damit zu einem höheren Erwerbsumfang vor allem von Müttern führen.

Alle diese und weitere strukturelle Maßnahmen leisten einen Beitrag für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik. Angesichts der Kombination von strukturellen und konjunkturellen Ursachen mit Blick auf die gegenwärtige Wachstumsschwäche sowie der vorerst nur partiellen Umsetzung der Wachstumsinitiative braucht es zügig weitere Schritte.

Die Bundesregierung konnte im vergangenen Jahr mit dem Ende der Notlage und der Rückkehr zur Schuldenbremse keine ausreichenden Impulse für eine konjunkturelle Belebung setzen. Künftig kommt es über größere Spielräume für öffentliche Investitionen hinaus darauf an, zusätzliche Impulse zur Stärkung der privaten Investitionstätigkeit zu setzen.

Das inzwischen im JWB etablierte Kapitel zur Wohlfahrtsmessung ergänzt zielgerichtet die Berichterstattung zu klassischen wirtschaftspolitischen Kennziffern. Es blickt – über das BIP hinaus – auf die Entwicklung von ökonomischen, sozialen, ökologischen sowie gesellschaftlichen Aspekten, die für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger relevant sind.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Eckwerte der Jahresprojektion 2025:

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2025/2025-01-29-jahreswirtschaftsbericht-2025.html>

Download Jahreswirtschaftsbericht:

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2025.html>

<https://bbu.de/beitraege/jahreswirtschaftsbericht-2025>